



Büro Landrat	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: CDU-Fraktion Datum: 01.03.2018	<b>Antrag</b>	<b>2018/075</b>
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

## **Beratungsgegenstand:**

Resolution - Sicherstellung der Finanzierung von Personalkosten für Kindertagesstätten

## **Produkt/e:**

01 Büro Landrat

## **Beratungsfolge**

Status	Datum	Gremium
Ö	26.02.2018	Kreistag

## **Anlage/n:**

Originalantrag der CDU Fraktion

## **Beschlussvorschlag des Antragstellers:**

Kindertagesstätten erfüllen einen umfassenden Auftrag in der frühkindlichen Bildung, der im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) festgeschrieben ist, immer mehr in den Vordergrund rückt und von den Politikern auf allen Ebenen, auch auf Landesebene, betont wird.

Daher fordert der Lüneburger Kreistag die Mitglieder der niedersächsischen Landesregierung auf, die Kindertagesstätten wie Grundschulen zu behandeln und die Personalkosten in den Kitas vollständig zu übernehmen, um diesen Bildungsauftrag sicherzustellen.

Die Landtagsabgeordneten aller Parteien werden ebenfalls aufgefordert, sich für die vollständige Übernahme der Personalkosten in den Kindertagesstätten einzusetzen.

## **Sachlage:**

Begründung siehe Anlage



CDU-Kreistagsfraktion Lüneburg  
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

**Per Fax: 26-2001**

Herrn  
Landrat  
Manfred Nahrstedt  
Auf dem Michaeliskloster 4  
  
21335 Lüneburg

**Kreistagsfraktion Lüneburg**  
**Der Vorsitzende**  
Alexander Blume  
Büro:  
Stresemannstraße 6  
21335 Lüneburg  
04131/400 55 0  
04131/400 55 55 fax

Lüneburg, den 22.02.2018

**Betr.: Dringlichkeitsantrag zum Kreistag am 26.02.2018**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die CDU-Kreistagsfraktion stellt zur nächsten Kreistagssitzung den folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Kreistag möge beschließen:

**Resolution**

**Kitas erfüllen einen frühkindlichen Bildungsauftrag - Finanzierung der Personalkosten sicherstellen!**

Kindertagesstätten erfüllen einen umfassenden Auftrag in der frühkindlichen Bildung, der im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KitaG) festgeschrieben ist, immer mehr in den Vordergrund rückt und von Politikern auf allen Ebenen, auch auf Landesebene, betont wird.

Daher fordert der Lüneburger Kreistag die Mitglieder der niedersächsischen Landesregierung auf, die Kindertagesstätten wie Grundschulen zu behandeln und die Personalkosten in den Kitas vollständig zu übernehmen, um diesen Bildungsauftrag sicherzustellen.

Die Landtagsabgeordneten aller Parteien werden ebenfalls aufgefordert, sich für die vollständige Übernahme der Personalkosten in den Kindertagesstätten, wie sie bei den Grundschulen erfolgt, einzusetzen.

**Begründung :**

Der Bildungsauftrag in den Kindertagesstätten rückt immer mehr in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Nicht zuletzt seit Veröffentlichung der PISA- Studien werden die Anforderungen an die Kindertagesstätten immer mehr ausgebaut. Mathematische, naturwissenschaftliche, technische, künstlerische und musikalische Bildungsaspekte werden abgebildet. Die Aufgaben der Erzieherinnen und Erzieher hinsichtlich Dokumentation der kindlichen Entwicklung sowie Gespräche mit Eltern nehmen einen immer größeren Stellenwert ein.

Politiker heben den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten hervor. Das wurde auch gerade von Politikern auf Landesebene immer wieder betont. Immer mehr (Bildungs-)Aufträge benötigen aber auch immer mehr Personalressourcen, für die die Träger der Kindertagesstätten aufzukommen haben. Sie erhalten in Niedersachsen für ihre Personalkosten einen Zuschuss von derzeit 20% auf eine seit Jahren nicht mehr der Realität entsprechende „Wochenarbeitszeitpauschale“, so dass die tatsächliche Erstattung nur bei etwa 16 % der Personalkosten liegt. Damit hat sich der Anteil der Trägerkommunen an den Kosten immer mehr erhöht und die Kostenbeteiligung des Landes an dem Bildungsauftrag immer mehr reduziert.

Mit der Diskussion um den Wegfall der Kindergartengebühren summieren sich die notwendigen Zuschüsse zu den Kitas auf einen in vielen Kommunen existenzbedrohenden Bereich, sollten die Erstattungen des Landes als Kompensation für die Gebühren nicht höher ausfallen als derzeit in den Raum gestellt.

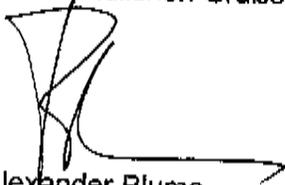
Auch die derzeitig diskutierte Variante, die Kosten für Springkräfte sowie Teilzeitkräfte nicht zu bezuschussen, trägt dazu bei, Qualitätsansprüche gerade auch bei der Bildung in den Kitas nicht mehr aufrecht halten zu können. Urlaubs-, Krankheits- und Randzeiten müssen angemessen überbrückt werden können und daher gehören die Kosten für die vorgenannten Kräfte ebenfalls zu den notwendigen Personalkosten!

Daher sollte der Kreistag des Landkreises Lüneburg betonen und fordern, dass der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten dem der Grundschulen hinsichtlich der Übernahme der Personalkosten gleichgesetzt werden muss.

Die Kostenregelung muss zukünftig der der Grundschulen entsprechen: Gebäude und Ausstattung entfallen auf den Träger, Personalkosten muss das Land übernehmen!

Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Blume

(Fraktionsvorsitzender)